

Rede vom 05.11.2009

Große Anfrage der SPD / 14/9125, 14/9777

### **Zur Situation von Frauen am Arbeitsmarkt**

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich mich sehr herzlich bei der Landesregierung für die umfangreiche Beantwortung der Großen Anfrage 32 bedanken.

(Minister Karl-Josef Laumann: Das ist auch einmal schön!)

Aus der Antwort geht hervor, dass wir uns in Nordrhein-Westfalen auf einem ganz guten Weg befinden. Natürlich gibt es angesichts der Situation von Frauen am Arbeitsmarkt noch viel zu tun, um eine vollständige Gleichstellung zu erreichen. Aber immerhin bewegen wir uns in die richtige Richtung.

Das zeigen die Arbeitsmarktzahlen mehr als deutlich. Bei uns ist deutlich mehr Bewegung drin, als es bei den rot-grünen Vorgängern der Fall war – vielleicht sogar mehr Bewegung, als es Ihnen lieb sein dürfte; ich weiß es nicht. Das wird sich zeigen, wenn ich gleich einige Zahlen nenne. Auch die Zahlen des aktuellen IAB Betriebspanels „Beschäftigungstrends in Nordrhein-Westfalen“ verdeutlichen dies. Um es an den Zahlen festzumachen: Die Erwerbstätigenquote bei jungen Frauen ohne Berufsabschluss ist zwischen 2005 und 2008 deutlich gestiegen, und zwar von 36,7 % auf 44,7 %.

Unser primäres Anliegen ist es aber nicht, Wege in die Erwerbstätigkeit ohne Berufsabschluss zu ebnen. Zuerst wollen wir die Menschen hin zum Berufsabschluss führen, damit sie diesen Beruf dann erfolgreich ausüben können. Die Erwerbstätigenquote bei jungen Frauen mit Berufsabschluss hat sich zwischen 2005 und 2008 von 73,9 % auf 78,8 % verbessert, die Erwerbstätigenquote von Frauen insgesamt zwischen 2000 und 2008 von rund 58 % auf rund 65 %. Übrigens liegen wir damit sogar deutlich über der Vorgabe der EU, die bis 2010 eine Erwerbsbeteiligung von 60 % vorsieht. Der Anteil der Frauen an den Beschäftigten ist zwischen 2000 und 2008 von 42 % auf 44 % gestiegen.

Das können wir noch engagierter angehen. Hier muss ohne Frage noch mehr passieren. Immerhin ist es aber ein Aufwärtstrend und Gott sei Dank kein Stillstand oder gar ein Abwärtstrend.

Um noch deutlicher zu machen, dass wir uns auf einem guten und richtigen Weg befinden, möchte ich noch einmal die Anstrengungen der Landesregierung ansprechen, Mädchen und Frauen verstärkt an die technischen Berufe heranzuführen. Es ist notwendig, auf diesem Feld zumindest umfangreicher zu informieren sowie zu versuchen, Frauen dahin gehend zu beeinflussen, dass sie in höherem Maße als bislang besser dotierte Berufe wählen; denn dies macht ja in erster Linie – viel mehr als eine ungleiche Bezahlung für gleiche Jobs – die großen Einkunftsunterschiede aus. Zum Beispiel im Ruhrgebiet ist der Anteil der Frauen an den Beschäftigten im Vergleich zum übrigen Nordrhein-Westfalen deutlich geringer. Eben sprach ich von einem Anstieg von 42 auf 44 %. Im Ruhrgebiet liegt diese Zahl noch bei rund 40 %. Dieser Unterschied wird in den Zahlen des aktuellen IAB-Betriebspanels „Beschäftigungstrends in Nordrhein-Westfalen“ noch deutlicher. Das ist unbestreitbar noch ausbaufähig, aber auch verständlich, weil im Ruhrgebiet trotz des Strukturwandels immer noch das produzierende Gewerbe vorherrscht.

Die Landesregierung hat diese Problematik aber bereits erkannt und reagiert entsprechend. In diesem Zusammenhang möchte ich auf die Projekte wie „Zeit, dass sich was dreht! – Technik ist auch weiblich“, „Mädchen wählen Technik“ oder „Frauen in der industriellen Forschung“ hinweisen.

Darüber hinaus hat die Landesregierung 2008 das Serviceangebot „Forum W“ entwickelt, um Frauen bei der Rückkehr in den Beruf zu unterstützen. Auch das Landesprogramm „Brücken bauen in den Beruf“ verfolgt das Ziel, Frauen über berufliche Möglichkeiten zu informieren. Besondere Unterstützung gewährt das Arbeitsministerium jungen Müttern, die ein Problem mit dem Beginn und dem Abschluss einer Berufsausbildung haben.

Hier ist das Förderprogramm „Teilzeitberufsausbildung – Einstieg begleiten – Perspektiven öffnen“ zu nennen. Beim „Bildungsscheck NRW“, einem der Erfolgsmodelle der nordrhein-westfälischen Arbeitsmarktpolitik, wurden zuletzt – Stand: August 2009 – 71 % der Einzelanträge für eine Weiterbildung von Frauen gestellt. Auch die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege ist ein wichtiges Anliegen der Arbeitsmarktpolitik für Frauen; denn der überwiegende Teil pflegender Angehöriger ist weiblich. Hier ist auf das Informations- und Aufklärungsangebot „Häusliche Pflege“ hinzuweisen, das die Landesregierung gemeinsam mit den Apothekerverbänden und der Landesstelle Pflegende Angehörige in Nordrhein-Westfalen ins Leben gerufen hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der FDP unterstellt man in negativem Zusammenhang immer wieder gern, ihre Politik an den Wünschen der Arbeitgeber auszurichten. Diese Ausrichtung ist in diesem Fall richtig. Ja, wir wollen mit unserer Politik Bedingungen schaffen, die eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen – Bedingungen, durch die das Potenzial der Arbeitnehmerinnen genutzt werden kann, Bedingungen, durch die Arbeitnehmerinnen langfristig an Unternehmen gebunden werden, und Bedingungen, durch die die Unternehmen in die Lage versetzt und dazu motiviert werden, Frauen zu fördern und familienfreundliche Arbeitsplätze zu schaffen.

Erklären Sie mir bitte, was daran negativ sein soll. Das ist soziale Arbeitsmarktpolitik, wie sie im Buche steht. Davon haben nämlich alle etwas, die Arbeitnehmerinnen wie die Arbeitgeber.

Unsere Politik sucht keinen Schuldigen. Unsere Politik klagt keine Partei an, weder Arbeitgeber noch Arbeitnehmer. Die Landesregierung sucht den Dialog mit den Unternehmen, Hochschulen, Kammern, Verbänden und Weiterbildungsträgern, um gemeinsam neue Wege zu finden, wie Gleichstellung und Chancengleichheit noch weiter ausgebaut werden können. Deshalb funktionieren unsere Konzepte auch.

Selbstverständlich sind wir noch nicht am Ziel. Wie sollten wir auch? Allzu viel ist in der Vergangenheit schließlich nicht passiert, und es ging ein bisschen schleppend voran. Das werden Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition, nicht leugnen können. Als Sie seinerzeit Verantwortung trugen, haben Sie auch mit Druck und Zwang auf die Wirtschaft eingewirkt und damit im Grunde nur Erde verbrannt, anstatt Wege zu ebnen. Sie standen für Zwangsquotierungen und stehen immer noch dafür.

Wir machen Politik für wahre Wertschätzung und Teilhabe. Wir versuchen, im Dialog mit den Unternehmen die Situation zu verbessern, indem wir die notwendigen Voraussetzungen schaffen und optimieren. Das ist in unseren Augen soziale Arbeitsmarktpolitik, die uns – da bin ich sehr sicher – dahin führen wird, dass es in Zukunft eine größere Partizipation von Frauen am Arbeitsmarkt gibt und dass Frauen auch stärker an besser dotierten, beim Entgelt höher eingestuftem Berufen teilhaben, als das bislang der Fall ist. – Danke schön.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Pieper-von Heiden.